

NDB-Artikel

Mönnig, *Hugo* Politiker, * 22.5.1864 Kalkar, † 8.5.1950 Bad Godesberg.
(katholisch)

Genealogie

V →Balduin (1820–90), Dr. med., Arzt u. Sanitätsrat in K., S d. Bernhard Josef aus Bakum (Oldenburg), Dr. med., Arzt in Kleve, u. d. Henriette Stuckmann aus Elberfeld;

M Helene (1826–1908), T d. Johann Heinrich Dorsemagen, Kaufm. in Wesel, u. d. Dorothea Schneemann;

◉ 1) Köln 1899 Maria (1877–1924), T d. Dr. med. Gustav Lücker, Arzt in Duisburg, u. d. Maria Jötten (1841–1929), 2) 1925 Käthe verw. Böse (1887–1955), T d. →Josef Wach (1855–1910), Prokurist in Köln, u. d. Therese Obermeyer (1862–1931);

1 S, 4 T aus 1), u. a. →Emilie (* 1902), Richterin, →Balduin (1908–62), Notar.

Leben

Nach dem Jurastudium in Berlin und Bonn und dem Militärdienst war M. seit 1894 Gerichtsassessor am Landgericht in Kleve; 1896|ließ er sich als Anwalt in Köln nieder. Nach Herkunft, Erziehung und Konfession fühlte er sich politisch der Zentrumsparterie zugehörig, fand jedoch verhältnismäßig spät den Weg in die aktive Politik. 1902-33 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Köln, seit 1913 als Vorsitzender der Zentrumsfraktion. Er begleitete den Aufstieg Konrad Adenauers als Beigeordneter und war besonders im Finanzausschuß und – während des Weltkrieges – in der Kriegsfürsorge tätig. 1917 förderte er entscheidend die Wahl Adenauers zum Oberbürgermeister von Köln. In den 20er Jahren wirkte M. vornehmlich wieder im Finanzausschuß, dann in der städtischen Bodenpolitik und bei der Schaffung der Grüngürtel, in der Förderung der neubegründeten Messe und der wiedererrichteten Universität mit.

Als Vorsitzender der in Köln ansässigen Kommunalvereinigung der Deutschen Zentrumspartei – M. war auch Vorstandsmitglied des Preußischen und Deutschen Städtetages – fühlte er sich besonders der Durchsetzung der kommunalpolitischen Ziele des Zentrums verpflichtet. Er förderte die Auseinandersetzung mit den entscheidenden Fragen der Reform der Gemeindeverfassung, den Steuer- und Finanzproblemen und der Krise der kommunalen Selbstverwaltung. 1922-33 war M. Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspartei und stellvertretender Vorsitzender der Gesamtpartei, 1908-33 auch Mitglied des Rhein. Provinziallandtags, zuletzt als Fraktionsvorsitzender,

und 1921-33 Mitglied des preuß. Staatsrates. Trotz dieser Einbindung in hohe Parteiämter fühlte sich M. in erster Linie Köln und dem Rheinland verbunden. Mehrere Angebote, Reichs- oder preuß. Staatsminister zu werden, hat er abgelehnt.

Große staatspolitische Verantwortung erhielt M. zwischen 1918 und 1924 während der Rheinlandbesetzung. Um die Wende 1918/19 sah er – wie viele führende rhein. Zentrumsmitglieder – in der Schaffung eines rhein. Bundesstaates im Rahmen des Reiches eine Möglichkeit, die Westgebiete vor einer Annexion durch Frankreich zu retten. Während der Ruhrbesetzung war M. Vorsitzender wichtiger politischer Ausschüsse (7er-Ausschuß, 15er-Ausschuß, 60er-Ausschuß und dessen kleinerer Ausschuß), führte Verhandlungen mit dem franz. Rheinlandkommissar Paul Tirard und der Reichsregierung und nahm an den Sitzungen des Reichskabinetts teil. Unter dem Motto „Reich und Rhein gehören zusammen“ führte er als Vorsitzender des Rheinischen Zentrums mit den anderen rhein. Parteien den Kampf gegen die Separatisten.

M. war ein typischer Vertreter der älteren, vor dem Weltkrieg geprägten Generation von Zentrumsführern konservativer Grundstimmung, die das Vordringen wirtschaftlich orientierter Interessenverbände bekämpften und auf einen innerparteilichen Interessenausgleich bedacht waren. In diesem Sinne hat er auf dem Reichsparteitag des Zentrums in Köln am 8./9.12.1928 gewirkt, für dessen Organisation er verantwortlich war. Außerdem war er mit der heiklen Aufgabe der Sondierung eines geeigneten Kandidaten für den Parteivorsitz in Nachfolge des Altkanzlers Wilhelm Marx betraut worden. Er drängte die personellen Wünsche der kath. Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften zurück und förderte die Kandidatur von Ludwig Kaas. Im Sinne einer erfolgreichen politischen Parteiarbeit ist auch M.s zeitungsverlegerische Tätigkeit zu sehen. Er beteiligte sich 1920 finanziell an der „Kölnischen Volkszeitung“, übernahm den politisch-redaktionellen Teil des Unternehmens, dessen Expansion er zwecks Schaffung einer starken Zentrumspresse förderte. Es ist nicht zum geringen Teil seinem Einfluß zu verdanken, daß die Zeitung wieder an die offizielle Parteilinie heranrückte und, solange das Zentrum in Regierungsverantwortung stand, eine staatserhaltende und -tragende Meinung vertrat. Der Konkurs des Unternehmens, den die Nationalsozialisten für einen Schauprozeß mißbrauchten, brachte ihm eine fast viermonatige Untersuchungshaft. Gebrochen verließ er das Gefängnis, zog sich aus dem öffentlichen Leben zurück und führte als – offiziell boykottierter – Anwalt ein karges Leben. Nach mehreren Ausbombungen in Köln lebte M. seit den letzten Kriegsjahren in Bari Godesberg, von wo er sich nach dem Krieg – völlig erblindet – an der Gründung der „Kölnischen Rundschau“ als christliche Tageszeitung beteiligte und sich früh gegen eine Wiederbegründung des Zentrums und für die Neugründung der CDU einsetzte.]

Auszeichnungen

Komtur d. päpstl. St. Gregorius-Ordens;

Dr. iur. h. c. (Köln 1927);

Ehrenbürger v. Kalkar (1930).

Werke

Artikel u. Aufrufe u. a. in: Kommunalpol. Bll. 9, 1916, Sp. 43 f., 24, 1933, S. 3 f., 46;

Köln. Ztg. Nr. 33 v. 2.2.1933.

Literatur

Lokal-Anz. f. Stadt u. Land Köln, Nr. 403 v. 17.12.1927;

Köln. Volksztg. Nr. 932 v. 18.12.1927;

Kommunalpol. Bll. 1931, S. 5 (P);

Köln. Rdsch. Nr. 7 v. 9.5.1950 u. Nr. 117 v. 25.5.1964;

J. Nellessen u. a., Zehn J. Kommunalpol. Vereinigung d. Zentrumspartei 1917-1927, 1927;

R. Morsey, Die dt. Zentrumspartei 1917-1923, 1966;

ders., Die Dt. |Zentrumspartei, in: E. Matthias u. R. Morsey (Hrsg.), Das Ende d. Parteien, 1960;

R. Kramer, Köln. Volksztg. Köln/Essen (1860-1941), in: H. D. Fischer (Hrsg.), Dt. Zeitungen d. 17. bis 20. Jh., 1972;

ders., Die „Köln. Volksztg.“ im J. 1932/33, in: Communicatio Socialis, Zs. f. Publizistik in Kirche u. Welt 6, 1973, S. 27-37;

H. Stehkämper, Der Nachlaß d. Reichskanzlers Wilhelm Marx I-IV, 1968;

ders. (Hrsg.), Konrad Adenauer, Oberbgrm. v. Köln, 1976;

Rhdb. (P);

Wi. 1951.

Autor

Everhard Kleinertz

Empfohlene Zitierweise

, „Mönning, Hugo“, in: Neue Deutsche Biographie 17 (1994), S. 662-664 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
